

Bezugspreis: Vierteljahr 30.- M., monatlich 10.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezugs: Monatlich 10.- M. einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Rheinland, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Österreich, Ungarn und Buzenburger 20.- M. für das übrige Ausland 27.- M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Buzenburger, Schweden und die Schweiz. Der "Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage "Welt und Zeit", der Unterhaltungsbeilage "Heimwelt" und der Beilage "Erdkunde und Reiseberichte" erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: "Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die schlagzeilige Komparativzeile kostet 1,50 M. "kleine Anzeigen" das jeweilige Wort 1,50 M. (schlägt zwei jeweilige Worte), jedes weitere Wort 1.- M. Stellenanzeigen und Stellenangelegenheiten das erste Wort 1.- M., jedes weitere Wort 50 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 3/4 1.- M. Die Preise verstehen sich einschließlich Steuerzuschlag.
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 8 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Unter den Eichen 2, abgegeben werden. Selbst nach 8 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Montag, den 15. August 1921

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Verlag, Expedition und Anzeigen-Abteilung Moritzplatz 11753-54

Die Stadtverordnetenwahlen.

Seimanns Referat auf dem Berliner Bezirkstag.

Die Stadtverordnetenwahlen, vor denen wir in Groß-Berlin stehen, haben für die Partei wie für die Bevölkerung Groß-Berlins eine Bedeutung, die weit hinausgeht über die jeder anderen bisherigen Kommunalwahl. Diese Wahlen verdienen daher die ernsteste Beachtung auch des Groß-Berliner Bezirkstages.

Um zu einer richtigen Beurteilung der von der Partei bei diesen Wahlen einzuschlagenden Taktik zu gelangen, ist es erforderlich, kurz rückblickend die Verhältnisse zu betrachten, die sich bei den letzten Wahlen am 20. Juni 1920 und seit dann entwickelt haben.

Wir haben bei diesen Wahlen am 20. Juni 1920 ungünstig abgeschnitten. Doch es so kommen würde, war jedem Einsichtigen von vornherein klar. Um das deutsche Volk und die deutschen Arbeiter vor dem Abstieg in den Abgrund zu retten, ist die SPD. nach dem Zusammenbruch des alten Regiments ohne Besinnen in die Bresche gesprungen und hat in der furchterlichsten Situation, in der jemals ein Volk gestanden hat, die Verantwortung für die Führung der Regierungsgeschäfte übernommen.

Niemals war eine Partei vor schwierigeren Aufgaben gestellt, niemals war es gleich unmöglich, auch nur einen Bruchteil der Hoffnungen und Erwartungen zu erfüllen, welche die Millionen ungeschulter Wähler

auf unsere Partei gesetzt hatten. Zu diesen durch den Verlust des Weltkrieges herbeigeführten Verhältnissen kam die hemmungslose, ungezügelte Agitation, mit der unsere Gegner von rechts und links nicht dem Krieg mit allem, was er im Gefolge hatte, sondern uns die Schuld am Elend des Volkes zuschieben. Diese Agitation im Verein mit den bestehenden zwangsartigen Verhältnissen zeitigten bei den Wahlen am 6. und 20. Juni für unsere Gegner Erfolge, und hunderte Tausende von Wählern lehnten bei diesen Wahlen uns den Rücken und stießen den Parteien zu, die ihnen mehr versprochen, als wir ehrlicherweise glauben tun zu dürfen.

Durch solche Agitation gelang es insbesondere auch der der damals noch geeinten USPD, am 20. Juni 1920 große Scharen Berliner Arbeiter in ihr Lager herüberzuziehen und dadurch, daß diese Wahlen die Grundlage für den Aufbau und die Neuorganisation der Berliner Stadtverwaltung bildeten, eine überragende Stellung in der Stadtverordnetenversammlung und im Magistrat wie in den Bezirksversammlungen und den Bezirksämtern zu erlangen.

Die kommenden Wahlen bieten die Möglichkeit, diese in den Verhältnissen nicht mehr begründete Stellung der USPD. zu erschüttern. Haben wir diese Möglichkeit zu begründen, so weisen wir doch jede Gemeinschaft mit der durch die D. Vp. erfolgten erfolgreichen Anfechtung der vorigen Wahlen weit von uns, denn diese Anfechtung ist erfolgt nur aus Feindschaft gegen das sozialistische Groß-Berlin und somit aus Erwägungen, die wir grundsätzlich und auf das schärfste bekämpfen.

Der Haß gegen das einheitliche Groß-Berlin und speziell gegen das einheitliche sozialistische Groß-Berlin bildet eben das Band, das sich um alle bürgerliche Parteien schlingt, und wenn es auch zu dem formellen Zusammenschluß dieser Parteien zum vielbesprochenen Bürgerblock nicht kommen sollte, so wird doch das sozialistische Groß-Berlin von allen bürgerlichen Parteien in gleicher Weise berannt werden. Ihr Ziel ist die Vernichtung des einheitlichen sozialistischen Groß-Berlin und ihr Sieg würde das Ende der Politik bedeuten, die wir im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung unseres großen Gemeinwesens geführt haben.

Mit der gleichen Schroffheit wie die Rechtsparteien haben auch wir daher bei den kommenden Wahlen

schärfste Kampfstellung gegen rechts zu nehmen, und es ist Pflicht aller Parteigenossen, auf das eifrigste Aufklärung über das gemeinschädliche Verhalten dieser Parteien im Roten Haus zu verbreiten und das Material, das hierzu rechtzeitig zur Verfügung stehen wird, fleißig zu benutzen. Unsere Aufgabe aber in diesem Wahlkampf muß es sein, die zahlreichen Kreise, die immer noch den Rechtsparteien nachlaufen, trotzdem sie ihrem Klasseninteresse nach zu uns gehören, zu uns herüberzuziehen.

Und ebenso wie von rechts haben wir auch von links her große Wählermassen zurückzugewinnen. Wir haben daher im Wahlkampf auch Front gegen links, gegen die Kommunisten wie gegen die USPD. zu nehmen. Soweit wir in Frage kommen, müßte dieser Kampf gegen links in rein sachlicher nicht gehässiger Form geführt werden. Ob von den unabhängigen und Kommunisten ebenso gehandelt werden wird, wollen wir abwarten. Ich persönlich habe nach allen bisherigen Erfahrungen daran die stärksten Zweifel, siehe aber auf dem Standpunkte, daß, selbst wenn meine Befürchtungen zutreffen, wir rein sachlich bleiben und alles vermeiden sollten, was den Bruchkampf unnötig vergiften könnte. Diese

strenge Sachlichkeit

Amsterdam für Rußland.

Die furchtbare Notlage, in die Hungersnot und Seuchen aller Art das russische Volk gebracht haben, veranlaßten den Internationalen Gewerkschaftsbund (Sig Amsterdam), die angeschlossenen Landesorganisationen zu einer Konferenz nach Berlin einzuladen.

Die Konferenz fand am 13. und 14. August statt und war besetzt von den gewerkschaftlichen Landeszentralen von Deutschland, Frankreich, Holland, Belgien, Dänemark, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei, Jugoslawien und Buzenburger. Entschuldigten Vertretungen von England, Oesterreich, Ungarn und Norwegen, deren Mandate zum Teil dem Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes übertragen worden waren.

Gegenstand der Beratungen war die außerordentlich gefährdete Lage weiter Kreise der Bevölkerung Rußlands, insbesondere der Arbeiter und Bauern und die Art, in welcher das internationale Proletariat, soweit es gewerkschaftlich organisiert ist, dem russischen Volk zu Hilfe kommen kann. Daß letzteres zu geschehen habe, obgleich die der Amsterdamer Internationale angeschlossenen Gewerkschaften seit längerer Zeit sich der

erbittertesten Feindschaft der Moskauer Internationalen und ihrer Freunde in den übrigen Ländern zu erfreuen haben, darüber bestand in der Konferenz überhaupt kein Zweifel. Die der Amsterdamer Internationale angeschlossenen gewerkschaftlichen Landeszentralen sind vom ersten Einsetzen der Notschicksale aus Rußland vielmehr der Auffassung gewesen, daß dem russischen Volk aus rein menschlichen wie aus Gründen der Solidarität geholfen werden müsse.

Am über die Form, in der dies zu geschehen habe, wie auch über das Maß der Hilfe selbst bestanden Meinungsverschiedenheiten, die verständlich sind, wenn man sich die Lage der europäischen Arbeiterschaft vergegenwärtigt.

Ueber die Dinge in Deutschland zu berichten, erübrigt sich, da sie allgemein bekannt sind. Aber auch in den meisten anderen Ländern ist die Lage der Arbeiter eine sehr prekäre. In Dänemark und Schweden ist

ein Drittel der gewerkschaftlich organisierten arbeitslos, ein weiteres Drittel leistet Kurzarbeit und die Vollbeschäftigten haben außerordentlich hohe Beiträge zu entrichten. Die Lage in den östlichen Randstaaten ist bedauerlich, daß der Gedanke, russische Kinder dort unterzubringen, kaum verwirklicht werden könnte. Aus Dänemark sind am 20.000 Eisenbahnwaggons mit Maschinen nach Rußland weggeführt worden, von denen erst 100 Waggons zurückgebracht worden sind. Außerdem sind während des Krieges 700.000 Seifländer geflüchtet, die nun nach und nach zurückkehren und dadurch das Heer der Arbeitslosen noch weiter vergrößern.

In Jugoslawien ist eine Reihe von Gewerkschaften, die sich der 3. Internationale angeschlossen hatten, nach dem Attentat auf den Prinzenregenten aufgelöst worden. Die Arbeiterparteien der Tschechoslowakei aller Nationalitäten haben beschlossen, daß jeder Arbeiter

einen Stundenlohn in der Woche für das hungernde Rußland opfern soll. Besonders zu erwähnen ist, daß aus den eingegangenen Korrespondenzen hervorzugehen scheint, daß die weitaus größte Menge der russischen Arbeiter und Bauern **sozialfeindlich, aber sozialistisch gesinnt ist.**

darf natürlich in keiner Weise die Entschiedenheit beeinträchtigen, mit der wir den Berliner Arbeitern klar zu machen haben, daß, ganz abgesehen von der demütig zerstörenden Tätigkeit der Kommunisten auch nicht das duzendweise Stellen von Anträgen, deren Finanzierung man uns und anderen Parteien überläßt und an deren Durchführbarkeit man vielfach selber nicht glaubt, sondern lediglich die stetige organische, auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse ruhende Aufbauarbeit, wie sie von der SPD. im Reich, in den Ländern und Gemeinden gelebt wird, für die Arbeiter von Vorteil und Nutzen ist. Solche

Aufklärungsarbeit hat im letzten Jahre bei allen Wahlen den Arbeitern schon die Augen geöffnet über den Unterschied zwischen unserer systematischen Tätigkeit im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung und der die Verantwortung vielfach scheuenden, innerlich unwahren Demonstrationspolitik unserer Gegner; sie hat die Partei innerlich gefestigt, nach außen groß und stark gemacht und wird und darf auch am 16. Oktober nicht versagen.

Durchaus zu verwerfen ist die Auffassung: wir könnten etwa durch Abschwächung des Kampfes gegen links irgend etwas Positives für die alsbaldige Einigung der Arbeiterklasse tun und damit etwas erreichen, was im Endziel wichtiger noch sei als ein großer Wahlerfolg. Nichts wäre verkehrter und falscher als dies. In diesem Saal sitzt sicherlich niemand, der nicht den Tag herbeisehnt, der

Aus einem Schreiben des russischen Roten Kreuzes geht hervor, daß Ueberführung von Chinin, Aspirin, Salvarsan, Cardiacum, Narcotica Sera und Gegenstände für den Laboratoriumsbedarf besonders wichtig ist und daß das russische Rote Kreuz die weitestgehende Unterstützung der russischen Regierung genießt. Es wird daher in erster Linie für die Ueberführung dieser Medikamente Sorge getragen werden. Außerdem wird ein Sanitätschiff mit Ärzten und Pflegepersonal abgehen.

Die Versorgung mit Lebensmitteln wird vor allem die Aufgabe Amerikas sein.

Folgende **Einschließung** wurde von der Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes angenommen:

Die Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Sig Amsterdam), die am 13. und 14. August in Berlin über die Hungersnot in Rußland beraten hat, erklärt ihr tiefstes Mitgefühl mit dem russischen und georgischen Volk, insbesondere mit der notleidenden Arbeiterschaft in beiden Ländern.

Die Konferenz nimmt Kenntnis von den spontanen Solidaritätskundgebungen und Aktionen, die die Arbeiterschaft der angeschlossenen Organisationen bereits in die Wege geleitet hat.

Sie beschließt, die schon im Gange befindlichen Sammlungen im Interesse ihrer sofortigen und wirksamen Verwendung zusammenzufassen, zu erweitern und zu zentralisieren, und bestimmt zu diesem Zweck das Folgende:

1. Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes wird beauftragt, sofort einen Aufruf an das internationale Proletariat zu erlassen.

2. Die gewerkschaftlichen Landeszentralen aller Länder haben die Sammlungserträge der ihnen angeschlossenen Verbände und der sonstigen Organisationen, die sich an dem Hilfswert beteiligen, zu zentralisieren.

3. Die von den Landeszentralen zentralisierten Beträge werden in Gemäßheit der Anweisungen des Bureaus des Internationalen Gewerkschaftsbundes dem Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes zur Verfügung gestellt.

4. Die vom Internationalen Gewerkschaftsbund zentralisierten Fonds sollen, soweit möglich, zur sanitären Hilfeleistung und zur Beschaffung von Lebensmitteln verwendet werden.

Eine erste Expedition wird sofort organisiert und unter Kontrolle des Internationalen Gewerkschaftsbundes nach Rußland entsandt.

Eine Summe von einer Million Mark

wird sofort aus den Mitteln des Internationalen Gewerkschaftsbundes bereitgestellt. Die Landeszentralen werden ferner ersucht, Vorschläge zu diesem Zweck zu gewahren.

Mit dem Roten Kreuz wird unter Wahrung der Unabhängigkeit der gewerkschaftlichen Aktion auf technischem und organisatorischem Gebiet Verbindung hergestellt, um die Transportfrage zu lösen.

Die Landeszentralen sind außerdem verpflichtet, auf ihre Regierungen den stärksten Druck auszuüben, um diese zur **unverzüglichen Hilfeleistung für das russische Volk** zu bewegen.

Zur Befestigung dieser Beschlüsse erklärt die Internationale Gewerkschaftskonferenz, daß die unternommene Aktion durch ihre rein menschlichen Ziele und angelehnt der weltumfassenden Solidarität über allen politischen Meinungsverschiedenheiten steht. Sie ist ein proletarisches Wert, an dem die Arbeiter jeder Richtung teilnehmen müssen — trotz der Schwierigkeiten und der schweren Lasten, welche auf die Arbeiterschaft aller Länder drücken.

die unselige Parteispaltung beendet, und Sie alle wissen, daß die Partei seit dem Bürgerkrieg Parteitag nicht müde geworden ist, bei jeder Gelegenheit ihren Wunsch und ihre Bereitwilligkeit zur Verständigung auszusprechen. Wenn es bisher dazu nicht gekommen ist, so ist das nicht unsere Schuld. Aber jetzt den Wahlkampf gegen die Unabhängigen nicht mit aller Entschiedenheit, sondern lauwärts, ihnen zu Liebe hier ein Tischchen und dort ein bißchen von unseren Ueberzeugungen und Grundsätzen nachlassen, das wäre kein Schritt auf dem Wege zur Einigung der Arbeiterklasse, sondern das genaue Gegenteil. Es wäre ein Beginnen, über das die Unabhängigen sicherlich im geheimen, vielleicht ganz offen lachen und frohlocken würden.

Die Einigung wird und muß kommen; sie wird um so sicherer und schneller kommen, je stärker und geschlossener die SPD. besteht.

Auf größere Leistungen im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung kann das sozialistische Groß-Berlin bisher kaum hinweisen. Wir, die Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion, dürfen aber für uns in Anspruch nehmen, bei jeder Gelegenheit

für die minderbemittelte Bevölkerung herausgeholt zu haben, was nach Lage der Dinge möglich war. Die furchterlichsten wirtschaftlichen Folgen des Weltkrieges haben selber auch in der Gemeinde unserem Streben auf Schritt und Tritt die schwersten Hindernisse entgegengesetzt.

